

## Die Bürger entscheiden

Emotionale Debatte im Ebersbacher Gemeinderat - Komplexe Rechtslage



Der Weg ist frei: Ein Bürgerbegehren soll über die Zukunft des Kauffmann-Geländes entscheiden. Damit haben Martin Hafner (li.) und Horst Wehinger vom

Es war eine knapp dreistündige, emotional geführte Debatte, an deren Ende ein einhelliger Beschluss stand: Per Bürgerentscheid stimmen die Ebersbacher über die Zukunft des Kauffmann-Geländes ab.

SUSANN SCHÖNFELDER

**Ebersbach** Zwischendurch hatten viele Zuhörer Fragezeichen im Gesicht, am Ende rauchten Stadträten, Rathausmitarbeitern und den rund 80 interessierten Bürgern gleichermaßen die Köpfe: Die fast dreistündige Debatte hatte deutlich gezeigt, wie komplex die Materie Bürgerbegehren in Verbindung mit einem Vergabe-Verfahren ist. Nichtsdestotrotz: Der Weg für den ersten Bürgerentscheid in Ebersbach ist frei. Einstimmig votierten die Stadträte am Dienstagabend dafür, die Ebersbacher über die Zukunft des Kauffmann-Geländes in der Ortsmitte abstimmen zu lassen. Am 14. Dezember sollen die Bürger an die Urnen gehen. Die Fragestellung lautet: "Soll der Beschluss des Gemeinderats vom 22. Juli 2008 zur Vergabe des ‚Kaufmann-Areals an den Bieter ImmoInvest GmbH & Co. KG aufgehoben werden?'"

Die Fraktionen aller Couleur sprachen sich klar und deutlich dafür aus, dass sie dem Wunsch der Bürger nach einer Volksabstimmung nachkommen wollen. "Wir sind den Unterzeichnern verpflichtet", brachte es die SPD-Fraktionsvorsitzende Ingrid Scherr auf den Punkt. Einig waren sich die Stadträte auch darüber, "dass wir zur Sachlichkeit zurückkehren müssen, um das Beste für Ebersbach zu erreichen", sprach Brigitte Kreisinger, Fraktionsvorsitzende der CDU, ihren Kollegen aus der Seele. Walter Hertle, Chef der Freien Wähler, war es wichtig zu erläutern, dass der Gemeinderat während des gesamten Vergabeverfahrens zur Verschwiegenheit verpflichtet gewesen sei: "Das ist keine Geheimbündlerei, sondern Vorschrift", betonte er. Auch Bürgermeister Edgar Wolff war es ein Anliegen, "Gerüchte zu korrigieren", die seit Wochen durch die Stadt geisterten: "Es gibt keine Mauschelei."

Ein Disput entspann sich gerade in dieser Frage zwischen dem Grünen-Stadtrat Joachim Auch und dem Rathauschef. "Ich habe eine riesige Wut im Bauch, wie das Verfahren gelaufen ist", wettete Auch. "Da sind katastrophale Fehler gemacht worden. Man hat uns einen Maulkorb verpasst, und unser aller Favorit ist nicht zum Zuge gekommen. Die Bürger von Ebersbach sind ausgetrickst worden", schimpfte der Stadtrat. Diese Aussagen brachten den Bürgermeister auf die Palme. Bemüht, dennoch ruhig zu bleiben, widersprach er vehement: "Das war ein absolut hochwertiges Verfahren, von dem auch Sie angetan waren. Ich bin sehr erstaunt und enttäuscht." Wolff nahm vor allem Andreas Jacob, Geschäftsführender Gesellschafter des Fachbüros Firu in Schutz, der die Stadt während des europaweiten Vergabe-Verfahrens beraten hatte. Jacob verdeutlichte nochmals, "dass sich die Stadt faktisch und rechtlich richtig verhalten hat", das heißt der Bieter ImmoInvest am Ende und in der Summe aller Kriterien der überzeugendste gewesen sei. Eine "Fortentwickelbarkeit und Veränderung" des Angebots sei aber möglich - natürlich mit dem Einverständnis des Bieters. Vielen Bürgern ist beispielsweise der große Parkplatz vor dem geplanten Supermarkt auf dem Kauffmann-Gelände ein Dorn im Auge. Mit

Stellplätzen auf dem Dach könnten offenbar viele Ebersbacher besser leben.

Die Stadtverwaltung will die Zeit bis zum Bürgerentscheid nutzen, um die Bürger intensiv zu informieren. Die Diskussion am Dienstagabend hat gezeigt, wie komplex die Thematik ist. Die beiden Rechtsanwälte Dr. Dieter Weiblen und Professor Alfred Katz, die die Stadt mit einem Gutachten zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens beauftragt hatten, kamen zwar grundlegend zum selben Schluss, legten jedoch bei ihrer Bewertung unterschiedliche Schwerpunkte. Ergebnis: Das vom "Aktionsbündnis Kauffmann-Areal" initiierte Bürgerbegehren ist trotz rechtlicher Bedenken zulässig, zudem bietet die Thematik jede Menge Interpretationsspielraum.

Damit der Gemeinderatsbeschluss vom 22. Juli aufgehoben wird, müssen am 14. Dezember mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten mit Ja stimmen. Das sind rund 2800 Stimmen. Das Aktionsbündnis Kauffmann-Areal hatte in knapp zwei Wochen 1926 gültige Unterschriften für das Bürgerbegehren gesammelt.

---

Erscheinungsdatum: Donnerstag 23.10.2008

Quelle: <http://www.suedwest-aktiv.de/>

SÜDWEST AKTIV - Copyright 2002-2008 Südwest Presse Online-Dienste GmbH  
Alle Rechte vorbehalten!

[← zurück zum Artikel](#)

[← zurück zur Ressort-Übersicht](#)